



## Rückblick auf die *Pugwash Conference on Science and World Affairs* 2009 und die *International Student/Young Pugwash Conference* 2009

Unter dem Titel *Justice, Peace and Nuclear Disarmament* fand vom 17.-21. April 2009 in Den Haag die 58. *Pugwash Conference on Science and World Affairs* statt.

Im Vorfeld der Hauptkonferenz waren die jüngeren Teilnehmer zu der seit einigen Jahren etablierten *International Student/Young Pugwash Conference* geladen. Diese befasste sich in diesem Jahr mit der Rolle von Kernenergie und Nuklearwaffen zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Jedem dieser beiden Themenkomplexe war eine Arbeitsgruppe gewidmet, in welchen die etwa 30 Teilnehmer aus aller Welt an zwei Tagen über die verschiedenen Beiträge diskutierten. Entsprechend der jeweiligen Qualifikation lagen den Kurzvorträgen unterschiedliche wissenschaftliche Disziplinen zu Grunde. Das Spektrum der Aspekte, welche in den Artikeln der Teilnehmer berührt wurden, reichte von der Energiesicherheit und dem Klimawandel bis hin zur Nichtweiterverbreitung und zukünftigen Abrüstung von Nuklearwaffen. Den Abschluss der zweitägigen Veranstaltung bildete ein Vortrag von Pugwash-Präsident Jayantha Dhalapala, welcher die möglichen und nötigen nächsten Schritte hin zu einer nuklearen Abrüstung verdeutlichte. Neben den verschiedenen Vertragswerken (START, NPT, CTBT) wurde dabei vor allem die wichtige Rolle der Zivilgesellschaft hervorgehoben.

Die nukleare Abrüstung stand auch im Mittelpunkt des ersten Tages der 58. *Pugwash Conference on Science and World Affairs*. Im Rahmen eines Symposiums wurden die Standpunkte der verschiedenen Staaten dargelegt. Das finale Ziel einer nuklearwaffenfreien Welt wurde von den meisten der hochkarätigen Vortragenden geteilt, bezüglich des Weges dorthin gab es jedoch unterschiedliche Ansichten und viel Diskussionsbedarf.

Das Programm der folgenden Konferenztage bestand aus Plenarveranstaltungen einerseits und Arbeitsgruppensitzungen andererseits. Erstere waren dem Klimawandel, den Möglichkeiten und Wegen einer friedlichen Konfliktlösung, dem Internationalen Strafgerichtshof sowie den Konflikten in Afghanistan und Pakistan gewidmet. Die intensiveren und weiterführenden Diskussionen fanden in den Arbeitsgruppen statt, welche sich auf fünf Schwerpunkte konzentrierten: die Abrüstung und Weiterverbreitung von Nuklearwaffen, den Nahostkonflikt, die regionale Stabilität in Südasien, die Menschenrechte sowie die globale Erwärmung. Die drei studentischen Teilnehmer aus Deutschland nahmen an unterschiedlichen Arbeitsgruppen teil, ihre Eindrücke sind in den folgenden Abschnitten zusammengefasst.

Die Arbeitsgruppe 1 behandelte das klassische Kernthema der Pugwash-Konferenzen – “Nuclear Disarmament, Nonproliferation and the 2010 NPT Review Conference”. Die insgesamt hoffnungsfrohe Stimmung nach der vorangegangenen Rede Präsident Obamas in Prag, in der er die Vision einer Welt frei von Nuklearwaffen proklamierte, konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass es in den Details des aktuellen Nichtverbreitungsregimes viele ungelöste Probleme gibt, die in einer erfolgreichen Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages 2010 angegangen werden müssten. Außerdem soll die schnellstmögliche Ratifizierung des umfassenden

Kernwaffenteststoppvertrages (CTBT) durch die Vereinigten Staaten forciert werden, um so dem Inkrafttreten des Vertrages näher zu kommen – dafür fehlen noch die Ratifizierungen von neun der 44 dafür notwendigen Staaten mit Nukleartechnik.

Die verfahrenere Situation in den Verhandlungen mit Nordkorea wurde erörtert und insgesamt die Fragen von Universalität und Rücktrittsrecht abgehandelt. Ansonsten wurden die Problematiken bezüglich der einzelnen Nuklearwaffenstaaten angesprochen.

Die verbleibenden Regionalkonflikte im Mittleren Osten sowie zwischen Indien und Pakistan wurden gesondert in den Arbeitsgruppen 2 und 3 behandelt.

Der Weg zu einer Welt ohne Nuklearwaffen beginnt in kleinen Schritten. Zunächst könnte völkerrechtlich der Einsatz von Nuklearwaffen zu einem Verbrechen gegen die Menschlichkeit erklärt werden. Darauf folgen könnte eine vollständige Delegitimisierung von Nuklearwaffen, evtl. im Rahmen einer Nuklearwaffenkonvention.

Vorher wären folgende konkrete Schritte hilfreich:

- Kernwaffenstaaten sollten die Alarmbereitschaft der Nuklearkapazitäten aufgeben, um versehentlichen Abschuss auszuschließen.
- Kernwaffenstaaten sollten in ihren politischen Richtlinien den Erstgebrauch von Nuklearwaffen gegen andere Kernwaffenstaaten und jegliche Verwendung von Kernwaffen gegen Nicht-Kernwaffenstaaten ausschließen.
- USA und Russland sollten schnellstmöglich ein über bisherige Vereinbarungen hinausgehenden START-Nachfolgevertrag aushandeln
- Russland sollte auch taktische Sprengköpfe in die Verhandlungen mit den USA über tiefe Einschnitte einbeziehen.
- Das Vereinigte Königreich sollte auf eine Modernisierung oder Erneuerung seiner Kapazitäten verzichten.
- Die USA und die NATO sollten sämtliche in Europa stationierten Nuklearwaffen abziehen.

Zur Absicherung dieses Weges sollen die Anstrengungen zu einem Vertrag über das Verbot der Produktion von spaltbarem Material für Kernwaffen verstärkt werden. Für einen solchen Fissile Material Cut-Off Treaty (FMCT) lag ein Modellentwurf vor und wurde diskutiert.

Es wurde deutlich, dass es sich bei der nuklearen Abrüstung um einen langwierigen Prozess handelt, der aber durch die Initiative der Vier Staatsmänner (Schultz, Perry, Kissinger, Nunn), die darauf aufbauende „Global-Zero“-Bewegung und die Signale der neuen US-Administration in Schwung gekommen ist. Allerdings geht es zunächst darum, die Versäumnisse der letzten acht – im Bezug auf nukleare Abrüstung verspielten- Jahre rasch aufzuholen.

In der Arbeitsgruppe 4 ging es um das Thema Menschenrechte, unter dem Titel „Preventing the Deterioration of Human Rights Standards: Policies and Practices“.

Zu Anfang musste eine allgemeines Verständnis für den Begriff „Menschenrecht“ gefunden werden, was angesichts der unterschiedlichsten Meinungen der unterschiedlichen Teilnehmer (Pakistan, Indien, Nordkorea, Sri Lanka, Ägypten, Niederlande, Großbritannien, USA u. a.) ein Problem darstellte. Es wird in folgende Kategorien unterteilt:

- *Economic, social and cultural rights*: Recht auf Nahrung, sauberes Trinkwasser, Gesundheit und medizinische Versorgung, Behausung, Bildung etc.
- *Civil and political rights*: Recht auf Leben, Meinungsfreiheit, Wahlrecht, faire Gerichtsverhandlung etc.

- *Collective/communal rights*: Rechte, die eine Gruppe von Menschen gleichzeitig betreffen – z. B. gesunde Umwelt für kommende Generationen.

Der Gedanke ist jener, dass jedem menschlichen Individuum eine gewisse Würde innewohnt, die es zu erhalten und zu achten gilt. Doch die Realität zeigt deutliche Unterschiede in Lebensstandards und Freiheiten auf der ganzen Welt.

Letztendlich sollen diese angestrebten Ziele die derzeitige Situation verbessern: Extreme Armut und Hunger bekämpfen; die Zahl der Kindstode minimieren; die Verbreitung von Aids, Malaria und anderen Krankheiten eindämmen; Gleichberechtigung bei Geschlecht, Nationalität, Rasse und Religion fördern; ein universelles Bildungsniveau aufbauen; globale Partnerschaften für Entwicklung gründen.

Ohne politischen Einsatz und internationale Kooperation lassen sich diese Ziele nicht realisieren. Auch die Rolle der Wissenschaftler darf hierbei nicht vergessen werden. Sie sollten mit der Entwicklung neuer Technologien oder Medikamente die Verantwortung für deren gewissenhaften Einsatz in den Bereichen Gesundheit und Umwelt sowie für die Verbreitung ihres Wissens tragen.

Arbeitsgruppe 5 befasste sich mit dem Themenkomplex des Klimawandels und der zukünftigen Energieversorgung. Dabei wurde vor allem die Dringlichkeit weitreichender Maßnahmen zur Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes zum Ausdruck gebracht. Die Diskussionen konzentrierten sich auf 3 Schwerpunkte: die *verfügbaren und denkbaren Technologien, Maßnahmen der Politik, sowie die wirtschaftliche Entwicklung*. In Anbetracht der drastischen Folgen der globalen Erwärmung muss jede Art von Technologie, welche zu Reduktion der Emissionen beitragen kann, in Erwägung gezogen werden; dies schließt sowohl Kernenergie, als auch Carbon Capture and Sequestration (CCS) und Geo-Engineering mit ein. Eine Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen durch Erziehung, Schärfung des öffentlichen Bewußtseins und Änderungen des Lebenswandels sind wichtig, können das Problem aber nicht alleine lösen. Die staatlichen Akteure müssen mit vielfältigen Handlungen Veränderungen ermöglichen und erzwingen. Neben nationalen Strategien zu bedeutenden Einschnitten beim CO<sub>2</sub>-Ausstoß bedarf es dabei großer Investitionen, unter anderem zur Förderung "grüner" Technologien, aber auch eine andere Entwicklungshilfepolitik. In den Diskussionsbeiträgen verschiedener Teilnehmer wurde deutlich zum Ausdruck gebracht, dass die Entwicklungs- und Schwellenländer vor allem die Industrieländer in der Pflicht sehen, ihre Emissionen zu reduzieren. Es bedarf jedoch eines kollektiven Handelns, um zumindest die Chance zu erhalten, dass die Auswirkungen des Klimawandels beherrschbar bleiben. Es gilt die Aspekte des Klimawandels innerhalb der Entwicklungspolitik zu integrieren, die Weitergabe klimaschonender Technologien muss ein Teil der Handlung sein. Die Teilnehmer kamen überein, dass sich Pugwash bei der Ausbildung globaler Strategien einbringen, und zudem eine Plattform für ehrliche Diskussion über die kontroversesten Themen bieten kann.

Weitere Informationen zu beiden Konferenzen gibt auf [www.isyp.org](http://www.isyp.org), [www.pugwash.org](http://www.pugwash.org) und [www.pugwash.nl](http://www.pugwash.nl).

Hans Christian Gils, Ole Roß und Katharina Suh